



März 2011

Schwerpunkt Globale Ernährung/ Nahrungssicherheit



Liebe Leser,

wir haben den Anspruch, Ihnen sehr frühzeitig Themen näher zu bringen, die einmal die öffentliche Tagesordnung bestimmen werden. Dazu gehört die Ernährung der globalen Bevölkerung, die zwei Seiten hat: Nahrungsmangel kann schwerwiegende gesundheitliche Folgen haben und sogar zum Tod führen. Doch auch übermäßiges Essen ist nicht gesund. Während der globale Hunger bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen ist, wird über die Epidemie des Übergewichts bisher verschämt hinweggesehen. Dabei sind beide Zustände Ausdruck eines globalen Problems: der ungleichen Verteilung von Nahrungsmitteln. In einigen Ländern ufern die Gesundheitskosten aufgrund von übergewichtigen Menschen drastisch aus. In anderen Staaten dagegen erschweren steigende Lebensmittelpreise besonders der ärmeren Bevölkerungsschicht eine ausreichende Ernährung. Im zweiten Halbjahr 2010 stiegen die Preise für Grundnahrungsmittel rasant an. Obwohl steigende Lebensmittelpreise nicht allein die Schuld an den sozialen Spannungen in den autoritären Staaten Nordafrikas und auf der Arabischen Halbinsel tragen, verstärken sie doch die Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Das Thema weiter zu ignorieren heißt mit anzusehen, wie Fehl- und Mangelernährung Milliarden Menschen einer gesunden und wirtschaftlich produktiven Zukunft berauben. Es bedeutet tatenlos zuzusehen, wie bereits ausgereizte Haushalte in Industrie- und Schwellenländern von den Kosten des Übergewichts in Milliardenhöhen förmlich überrollt werden. Nur durch die Sicherstellung einer ausgewogenen und gesunden Ernährung für möglichst viele Menschen können unnötige Kosten – ob nun durch Übergewicht oder Unterernährung – vermieden werden.

Nachhaltigkeit muss oberstes Gebot bei Produktion und Konsum von Nahrungsmitteln werden. Auch die Prävention für die öffentliche Gesundheit sollte einen höheren Stellenwert erhalten. Information und effektive Kommunikation der Sachverhalte sind immer noch die besten Mittel, um individuelles wie kollektives Verhalten zu beeinflussen.

Die Prämissen Nachhaltigkeit und global koordiniertes Vorgehen gelten übrigens auch im Bereich der Energiewirtschaft: Bis 2050 könnte der Energiebedarf weltweit bereits komplett aus erneuerbaren Quellen gespeist werden. Europa bietet sich mit der Erhöhung des Klimaziels auf 30% CO₂-Einsparung die einmalige Gelegenheit, seine Wirtschaft bereits in den nächsten zehn Jahren gezielt umzustellen. Besonders seit dem Reaktorunglück in Japan spüren Entscheidungsträger auch bei Fragen der Energieversorgung immer mehr den Druck der Bürgerschaft. Nicht nur in Europa gehen Bürger auf die Straße und verlangen, stärker in politische Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Dieser weltweit wachsende politische Aktivismus ist ein Phänomen, das sogar zu einem neuen Verständnis des Staatswesens führen kann.

Viel Spaß beim Lesen wünschen Ihre

Johannes Bohnen
Dr. Johannes Bohnen

&

Jan-Friedrich Kallmorgen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Atlantische Initiative e. V.

Wilhelmstraße 67
10117 Berlin
Germany

Tel: +49.30.206 337 88
Fax: +49.30.246 303 633

www.atlantische-initiative.org
info@atlantische-initiative.org

Vorstand

Dr. Johannes Bohnen
Jan-Friedrich Kallmorgen

Beirat

Dr. Rudolf Adam
Dr. Ronald D. Asmus
Prof. Dr. Arnulf Baring
Dr. Christoph Bertram
Carl-Eduard von Bismarck
Dr. Philip v. Boehm-Bezing
Dr. Mark Brzezinski
Jürgen Chrobog
Thomas L. Farmer
Dr. Klaus-Dieter Frankenberger
Dr. Jeffrey Gedmin
Prof. Dr. Helga Haftendorn
Dr. John C. Hulsman
Dr. Michael J. Inacker
Dr. Jackson Janes
Marvin Kalb
Dr. Walther Leisler Kiep
Eckart von Klaeden
Hans-Ulrich Klose
John Kornblum
Dr. Charles Kupchan
Alexander Graf Lambsdorff
Prof. Dr. Kurt J. Lauk
Dr. Beate Lindemann
Heike MacKerron
Dr. Norbert Otten
Cem Özdemir
Ruprecht Polenz
Avi Primor
Andrew Rasiej
Prof. Dr. E. Sandschneider
Prof. Dr. h.c. Horst Teltchik
Karsten D. Voigt
Lord Wallace

Bankverbindung

Atlantische Initiative e. V.
Bankhaus Löbbecke AG
Bankleitzahl: 100 30 500
Kontonummer: 12 57 95 00

Registergericht

Amtsgericht Berlin Charlottenburg
Registernummer: VR 23583Nz

Steuernummer: 27/660/59701
USt-IdNr.: DE 252416799

Schwerpunkt Globale Ernährung/Nahrungssicherheit

- Hohe Lebensmittelpreise gefährden die globale Nahrungssicherheit Seite 3
 - Maßnahmen zur Stabilisierung schwankender Lebensmittelpreise Seite 3
 - Übergewichtsepidemie: Dicke kosten den Staat viel Geld Seite 4
 - Stoppt das Übergewicht: Politik in der Pflicht Seite 5
 - Kampf um nachhaltige Ernährung: Frauen haben Schlüsselrolle Seite 5
-
- 100% Erneuerbare: ab 2035 sind sogar Umsatzüberschüsse möglich Seite 6
 - Mutige Emissionsziele für Europa: mit 30% auf Wachstumskurs Seite 7
 - Globale Trends: Das Zeitalter des Aktivismus steht in voller Blüte Seite 8
-

Diese Ausgabe erscheint mit freundlicher Unterstützung von

METRO GROUP
ZUM HANDELN GESCHAFFEN.

Interessiert an weiteren Themen?

Atlantic-community.org, der Think Tank der Atlantischen Initiative, debattiert aktuell:

What Should Germany Do About Libya?

Foreign policy makers and experts around the world criticize Germany's position on Libya. However the majority of Germans seem to approve it. What do you recommend to the German government?

<http://bit.ly/Germany-Libya>

[Registrieren](#) auch Sie sich kostenlos bei unserem englischsprachigen Internet Think Tank atlantic-community.org und entwickeln Sie zusammen mit den 6.000 anderen Mitgliedern Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung! Lesen Sie Zusammenfassungen der besten weltweiten Pressekommentare zu aktuellen Themen der internationalen Politik und Globalisierung, netzwerken Sie mit politischen Vordenkern in Europa und Nordamerika, und publizieren Sie eigene Meinungsbeiträge und Studien.



ATLANTIC-COMMUNITY.ORG

Hohe Lebensmittelpreise gefährden die globale Nahrungssicherheit

Bread and Protests: The Return of High Food Prices, *International Institute for Security Studies (IISS)*, März 2011

Laut der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization, FAO) ist die Menschheit nur zwei schlechte Ernten von einem Desaster globalen Ausmaßes entfernt. Die Ernteausfälle des vergangenen Jahres haben bereits in diesem Frühjahr die sozialen Unruhen in Nordafrika verstärkt. Zwar betont die Weltbank, dass rapide steigende Lebensmittelpreise die Proteste in der arabischen Welt nicht verursacht haben. Doch sie heizen die politischen Spannungen weiter an und bereiten Entscheidungsträgern weltweit Kopfzerbrechen. Fest steht, dass die Suche nach Maßnahmen zur Eindämmung der Preise heute auf die aktuelle Tagesordnung gesetzt werden muss.

Die Entwicklungen der letzten Jahre sind besorgniserregend: Allein im vergangenen Jahrzehnt sind die Agrarpreise um 83% gestiegen. Im vergangenen Jahr haben extreme Wetterphänomene der globalen Nahrungssicherheit hart zugesetzt: Im Frühjahr vernichteten heftige Regenfälle ein Viertel der Weizenernte in Kanada und im Sommer drosselten in Russland, der Ukraine und Kasachstan Dürren und Brände die Erträge. In China stellen seit Anfang 2010 Sandstürme und Dürren Bauern immer wieder auf die Probe und haben den Weizenanbau stark gemindert. Anfang 2011 bedrohten in den USA als führendem Weizenexporteur starke Winterstürme die Anpflanzungen. Auf der südlichen Halbkugel hat das Wetterphänomen La Niña 2010 in Argentinien zu Dürren und Ernteausfällen bei Sojabohnen und Mais geführt. Überschwemmungen in Australien haben die Hälfte des dort angebauten Weizens für Menschen ungenießbar gemacht. Dies führte dazu, dass der Weizenpreis sich seit dem vergangenen Sommer verdoppelt hat. Viele Konsumenten wichen auf Mais als Alternative aus. Der Maispreis schoss im zweiten Halbjahr 2010 um 73% in die Höhe. Zudem tätigten etliche mediterrane Staaten von Ägypten über Algerien, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko und die Türkei Hamsterkäufe von Weizen. Es wird erwartet, dass China im Laufe des Jahres 2011 ähnlich verfahren wird. Dies übt zusätzlichen Druck auf die internationalen Agrarmärkte aus. An der zunehmenden Knappheit der Nahrungsmittel sind jedoch nicht allein das schlechte Wetter und der Klimawandel schuld. Die „Ernährungsumstellung“ in vielen Schwellenländern, wo zunehmend Fleisch gegessen wird, treibt den Preis für Getreide (als Futtermittel) ebenfalls. Nicht vergessen werden sollten auch die Anbauflächen, die für die Lebensmittelproduktion heute wegfallen, weil auf ihnen Getreide für die Herstellung von Biotreibstoffen angebaut wird. Schätzungen des [International Food Policy Research Institutes](#) deuten darauf hin, dass fast ein Drittel des Preisanstiegs bei Lebensmitteln auf Biotreibstoffe zurückzuführen ist.

Trotz dieser erschreckenden Zahlen bleibt realistisch nicht zu erwarten, dass die USA, Brasilien oder die EU in absehbarer Zeit auf Biotreibstoff verzichten werden. Auch das weltweite Konsumverhalten wird sich so leicht nicht ändern lassen. Die bisher beobachteten Entwicklungen zeigen, dass Angebotsschocks bedingt durch Ernteausfälle die zunehmend fragile, globalisierte Nahrungskette leicht aus dem Gleichgewicht bringen können. Momentan ist das System nicht flexibel genug, solche Schocks zu verarbeiten. Um weitere Probleme auf der Angebotsseite zu vermeiden, muss viel intensiver in die Landwirtschaft investiert werden. Es ist höchste Zeit, durch eine bessere internationale Abstimmung die Agrarmärkte so zu stabilisieren, dass externe Angebotsschocks nicht gleich zu systemischen Folgen und sozialen Unruhen führen. [Mehr...](#)

Maßnahmen zur Stabilisierung schwankender Lebensmittelpreise

Hafez Ghanem, How to Stop the Rise in Food Price Volatility, *Carnegie*, 13.01.2011

Der französische Präsident Sarkozy hat Preisschwankungen bei Nahrungsmitteln nicht zufällig zu einer Priorität für die G 20 in diesem Jahr erklärt. Innerhalb der vergangenen vier Jahre hat die Unsicherheit bei der Preisgestaltung wiederholt zu Anstiegen bei Lebensmittelpreisen geführt. Nun werden auch Politiker weltweit auf das Problem aufmerksam, da sie die sozialen Auswirkungen dieser Entwicklung zunehmend beunruhigen. Doch um gegenzusteuern, muss bei der Preisgestaltung selbst angesetzt werden.

Vier Variablen spielen eine große Rolle für die Lebensmittelkosten: Ölpreis, Ernteertrag, Höhe der Lagerbestände und Wechselkurse. Besonders der Ölpreis ist durch das Aufkommen der Biotreibstoffe noch enger an die Lebensmittelpreisentwicklung gekoppelt. Traditionell wirkte er sich über Transport- und Düngerkosten auf die Landwirtschaft aus. Heute entzieht ihr ein hoher Ölpreis zusätzlich Ressourcen, da Getreide stärker für die Herstellung von alternativem Treibstoff gefragt ist. Auch der Klimawandel wird sich immer stärker auf Erträge und Lagerbestände auswirken, wie Ausfuhrbeschränkungen nach der Dürre in Russland letzten Sommer bewiesen haben. Wechselkursschwankungen tragen das ihre dazu bei, die Lebensmittel zu verteuern. Doch gerade diese zahlreichen Komponenten bei der Preisgestaltung bieten Ansatzpunkte, um höheren Preisen entgegenzuwirken:

- Ertragssteigernde Investitionen: Es muss mehr Geld in die Forschung fließen, um dürreresistente Sorten und Hybride zu entwickeln.
- Handel: Ausfuhrbeschränkungen und landwirtschaftliche Subventionen müssen auf ihre Auswirkungen auf Preise untersucht werden. Die Doha-Verhandlungen müssen aktiv beide Themen angehen.
- Transparenz der Märkte: Die Welternährungsorganisation (FAO) muss systematisch Informationen sammeln und verbreiten, damit reale Entwicklungen auf den Märkten von finanziell bedingten Transaktionen getrennt werden können.
- Politik der getreidebasierten Biotreibstoffe reformieren: Bezugsoptionen auf Biotreibstoff könnten als Finanzinstrument bei Grundnahrungsmitteln in Krisensituationen zum Einsatz kommen, damit Hersteller in Notsituationen von Treibstoff- auf Lebensmittelproduktion umstellen könnten.
- Überdenken der Lagerrichtlinien: Strategische Reserven müssen auf regionalem, nationalem, und möglicherweise auch globalem Niveau eingerichtet werden.
- Finanzinstrumente: Bereits existierende Finanzinstrumente des Internationalen Währungsfonds müssen für Entwicklungsländer in Krisenzeiten flexibler gestaltet werden. So könnten Importe finanziert oder garantiert werden, falls Länder durch Kredit- oder Wechselkursbeschränkungen in Zahlungsschwierigkeiten geraten.
- Warenbörsen: Gesetzliche Rahmenbedingungen müssen Spekulationen und Preisschwankungen vorbeugen. Allerdings darf keine Überregulierung eintreten, damit die Preisfindung nicht gehindert wird.

Solange es nicht gelingt, Ernteerträge so zu erhöhen, dass sie mit der steigenden Nachfrage Schritt halten können, bleiben Lebensmittelpreise hoch und die Märkte unsicher. Die Situation, der sich die internationale Gemeinschaft heute gegenüber sieht, verdankt sie der mangelnden Aufmerksamkeit, die der Landwirtschaft in den letzten drei Jahrzehnten geschenkt wurde. Der einzige Ausweg ist und bleibt, mehr in die Agrarforschung zu investieren. Nur so lassen sich Erträge nachhaltig steigern und die Märkte beruhigen. [Mehr...](#)

Übergewichtsepidemie: Dicke kosten den Staat viel Geld

Donald F. Behan et al., Obesity and its Relation to Mortality and Morbidity Costs, *Actuaries*, Dezember 2010

Obleich immer noch Menschen hungern, ist Übergewicht weltweit auf dem Vormarsch – selbst in China. Wer die Epidemie der Fettleibigkeit heute noch belächelt, dem wird das Lachen bald vergehen. Immense finanzielle, vom Übergewicht verursachte Belastungen rollen heute schon auf meist völlig unvorbereitete Gesundheits- und Wirtschaftssysteme zu. Regierungen von Washington über Berlin bis nach Peking müssen sich dringend Gedanken machen, wie die Epidemie in allernächster Zeit eingegrenzt und bekämpft werden kann – ehe die Kosten ins Unermessliche steigen.

Beängstigend ist vor allem die Entwicklung in den Vereinigten Staaten, die als ein Frühwarnsystem für die restliche Welt gesehen werden kann: Weit über die Hälfte aller Erwachsener ist dort heute schon übergewichtig. Bis zum Jahr 2020 befürchten Experten sogar, dass 77,6% der Männer in den USA übergewichtig und 40,2% fettleibig sein werden (bei Frauen: 71,1% bzw. 43,3%). Eine Studie des [Bundestags](#) hat ergeben, dass in Deutschland heute bereits 60% der Männer, 44% der Frauen und 15% aller Kinder als übergewichtig eingestuft werden müssen. US-amerikanische Jugendliche leiden schon derart an Übergewicht, dass bis 2035 von einer Zunahme der Herzkranzgefäßerkrankungen um 11% ausgegangen wird. Bereits heute werden 60% aller Diabetesfälle auf Übergewicht zurückgeführt. Lästige Pfunde sind ebenfalls an der Hälfte aller Arthritis-erkrankungen des Knies schuld und begünstigen zudem Bluthochdruck und den Ausbruch etlicher Krebserkrankungen. Gesundheitskosten schnellen in die Höhe, weil Übergewicht sich negativ auf Heilungsprozesse im Körper auswirkt. Das führt zu längeren Krankenhausaufenthalten und vermehrten Ausgaben für Medikamente. Allein 2009 beliefen sich die medizinischen Zusatzkosten aufgrund von Gewichtsproblemen in den USA und Kanada auf 127 Mrd. US-Dollar. Die erhöhte Sterblichkeit verursachte eine Belastung in Höhe von 49 Mrd. US-Dollar, Arbeitsausfälle Produktivitätsverluste von 43 Mrd. US-Dollar und Berufsunfähigkeit 72 Mrd. US-Dollar. Damit belaufen sich die durch Übergewicht und Fettleibigkeit verursachten Kosten in Kanada und den USA auf circa 300 Mrd. US-Dollar im Jahr. Zum Vergleich: Diese Summe entspricht der Hälfte des für 2012 veranschlagten [US-Verteidigungshaushaltes](#).

Diese Summe beinhaltet noch nicht einmal die langfristigen Kosten, die in Zusammenhang mit dem Übergewicht auf die internationale Gemeinschaft zurollen. Eine Studie von US-amerikanischen Wissenschaftlern belegt, dass Fettleibigkeit in mittleren Jahren – vor allem der

Body-Mass-Index (BMI)	Gewicht in kg/ Größe in m ²
Untergewicht	Unter 18.5
Normalgewicht	18.5 bis 24.9
Übergewicht	25.0 bis 29.9
Fettleibigkeit	Ab 30.0

sogenannte Bierbauch – mit einem erhöhten Demenzrisiko im fortgeschrittenen Alter einhergeht ([BBC](#)). Bereits heute kosten Alzheimer-Patienten die USA 172 Mrd. US-Dollar jährlich, eine Summe die bis 2050 auf 1,08 Billionen US-Dollar steigen wird ([Alzheimer's Association](#)). Gegenmaßnahmen müssen an der Wurzel des Übels ansetzen: Regierungen müssen soziale und wirtschaftliche Anreize für mehr körperliche Aktivität und bewusste Ernährung schaffen. Dazu gehören auch Alternativen bei der Städteplanung, die Laufen und Nahverkehr fördern und die Nutzung von Autos unattraktiv machen. Besonders gezielte Informationskampagnen sind hier wichtig, wobei Interventionen bereits im Kindesalter (z.B. über Steuern auf gesüßte Getränke) ansetzen müssen. [Mehr...](#)

Stoppt das Übergewicht: Politik in der Pflicht

Michael Grossmann et al., *The Obesity Epidemic: Causes and Current Policy Perspectives*, *Baker Institute*, Februar 2011

In den USA ist bereits jeder dritte Erwachsene und jedes sechste Kind übergewichtig. Jährlich sterben 300.000 Menschen an den Folgen des übermäßigen Kalorienkonsums. Das macht Übergewicht nach dem Rauchen zur zweithäufigsten Todesursache bei den vermeidbaren Erkrankungen. 10% aller Gesundheitskosten in den USA werden mit Übergewicht in Zusammenhang gebracht. Um diese gefährliche und teure Volkskrankheit in den Griff zu bekommen, müssen sich politische Entscheidungsträger über die Zusammenhänge klar werden, die zum Ausbruch der Epidemie nicht nur in den Vereinigten Staaten beigetragen haben.

Es ist kein Zufall, dass Übergewicht verstärkt seit den 1980er Jahren auftritt. Damals führten beispielsweise in den USA Subventionen für Farmen dazu, dass viele kalorienreiche Anbausorten billig produziert werden konnten. Neue Küchengeräte und die vermehrte Berufstätigkeit von Frauen ließen zudem Mikrowellengerichte populär werden, deren Fettgehalt höher ist als bei selbst zubereiteten Speisen. Der Zeitzwang brachte viele Familien dazu, öfter auswärts zu essen, wobei ebenfalls fettreiche Speisen bevorzugt werden. Hinzu kommt der Trend, dass umso mehr Fast Food verzehrt wird, je günstiger es ist: Wissenschaftler haben festgestellt, dass wenn der Preis um 10% sinkt, der BMI (*body mass index*) um 4% bis 8% zunimmt. Wann immer Preise für Früchte und Gemüse steigen, lässt sich eine Zunahme des BMI von 2.5% bei Kindern beobachten, wobei dieser Prozentsatz bei denen aus Familien mit niedrigem Einkommen sogar auf 6% hochschnellt. Besonders aber die Zersiedelung der US-amerikanischen Städte und die auf Autos zugeschnittene Verkehrsnetze schränken die täglichen Bewegungsmöglichkeiten der Bewohner ein. Laut Schätzungen wäre die Fettleibigkeitsrate heute um 13% niedriger, wenn dicht besiedelte Gebiete in den letzten 30 Jahren nicht zunehmend an Einwohnern verloren hätten. Somit führt öffentlicher Infrastrukturausbau zu dem unbeabsichtigten Anstieg der Kosten für die Behandlung von Gewichtsproblemen. Selbst die Anti-Raucher-Kampagne ist mitverantwortlich: Mit jedem 10%igen Anstieg des Zigarettenpreises wuchs die Anzahl der Fettleibigen um 2%. Menschen, die sich das Rauchen abgewöhnen, fallen leicht übermäßigem Verzehr als alternativem Genussmittel zum Opfer.

Bei der Übergewichtsepidemie in den Industriestaaten handelt es sich folglich um die negativen Auswirkungen von drei ursprünglich wünschenswerten Entwicklungen: Einschränkungen für Raucher, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und vermehrte Berufstätigkeit von Frauen. Natürlich kann nicht die Rede davon sein sie rückgängig machen zu wollen. Stattdessen ist Aufklärung der wichtigste Ansatz, um der Epidemie Einhalt zu bieten: Viele Verbraucher haben kaum eine Vorstellung davon, wie viele Kalorien sie täglich verzehren dürfen und wie viele in einzelnen Lebensmitteln enthalten sind. Die Stadt New York beispielsweise hat seit 2008 ein Gesetz, das auf Menükarten neben den angebotenen Speisen die Kalorienangaben fordert. Dies hat zu 6% weniger Kalorien im durchschnittlichen Verzehr geführt. Bei Kindern ist besonders die Einschränkung der Werbung für kalorienreiche Speisen ein effektives Mittel, um das Verlangen danach zu senken: Bei 3 bis 11jährigen würde dies 18% weniger an Fettleibigen bedeuten und bei den 12 bis 18jährigen eine Senkung um 14%. [Mehr...](#)

Kampf um nachhaltige Ernährung: Frauen haben Schlüsselrolle

2020 Conference in New Delhi, India, *Leveraging Agriculture for Improving Health and Nutrition: The Way Forward*, *International Food Policy Research Institute*, Februar 2010

Bei einer Konferenz in Indien diskutierten Experten Maßnahmen, um den erforderlichen Anstieg der Agrarproduktion mit den Anforderungen der Ernährung und Gesundheit in Einklang zu bringen. Hier wird eine bessere multidisziplinäre Zusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit ausschlaggebend sein. Sie muss zudem die Rolle der Frau stärker in den Mittelpunkt rücken.

Frauen sind die zentralen Akteure in allen drei Sphären, in denen der Wissenschaft bis heute die koordinierte Zusammenarbeit noch schwer fällt. Die Mehrzahl der Kleinbauern in Entwicklungsländern ist weiblich. Hauptsächlich Frauen führen den Haushalt. In der Regel kümmern sich Frauen um die Ernährung und Gesundheit ihrer Familien. Damit sie diese verschiedenen Rollen besser und leichter meistern können, brauchen sie aktivere Unterstützung durch eine viel engmaschigere Zusammenarbeit von Agrarwissenschaftlern, Ernährungsforschern und Gesundheitsexperten. Die Spezialisten sprechen oft verschiedene Sprachen in ihren Disziplinen, obwohl sie zur Lösung der eigentlichen Kernfrage – nämlich wie das nötige Wachstum im Agrarbereich sich auf Ernährung und Gesundheit auswirkt – viel besser kommunizieren müssten. Wachsende Bevölkerungszahlen werden zwangsläufig zu einer Intensivierung der Landwirtschaft führen, die nicht ungefährlich ist. So ist der übermäßige Gebrauch von Dünger nicht nur schädlich für Böden, er wirkt sich auch negativ auf die Gesundheit der Bauern aus, die ihn oft ohne genügende Schutzmaßnahmen einsetzen. Experten müssen die ganze Produktionskette von der Aussaat bis zum Küchentisch einschließlich der Wiederverwertung überwachen und analysieren. Überall kann es zu unbeabsichtigten Konsequenzen kommen. Beispielsweise in der Tierhaltung können leicht neue vom Tier auf den Menschen übertragene Krankheiten (*Zoonosen*) entstehen.

Doch neben den Gefahren gibt es auch viele ungenutzte Chancen: In Entwicklungsländern könnten die Frauen ihre eigene Ernährung und die ihrer Familien vielfältiger gestalten, wenn sie bei der Anlage von Hausgärten beraten und unterstützt würden. Eine Diversifikation der Ernährung beugt Mangelerscheinungen vor und fördert somit die Gesundheit der Menschen. Dies macht die Arbeitskraft produktiver. Hier sollten traditionelle Pflanzen, die auch als Heilpflanzen oder zur Nahrungsergänzung dienen, gezielt angepflanzt werden. Sehr vielversprechend ist in diesem Zusammenhang der Meerrettichbaum (*Moringa oleifera*), der eine ganze Palette von Nährstoffen in seinen Pflanzenteilen birgt und somit gut gegen die weitverbreitete Mangelernährung eingesetzt werden kann. Auch die gemeinsame Aussaat herkömmlicher Pflanzen mit Linsen (Zwischenfruchtbau) empfiehlt sich, damit der Düngerverbrauch gesenkt werden kann. Linsengewächse binden Stickstoffe, wodurch sich die Böden schneller erholen und weniger Chemikalien benötigt werden.

Besonders wichtig ist es, wirtschaftliche und politische Entscheidungsträger gegenüber den Themen Landwirtschaft, Ernährung und Gesundheit zu sensibilisieren. Damit sie leichter auf das nötige Expertenwissen zurückgreifen können, muss die wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen diesen drei Bereichen besser koordiniert sowie offener und transparenter gestaltet werden. Erst dadurch lässt sich die Landwirtschaft als Hebel zur Optimierung von Ernährung und Gesundheit wirklich nutzen. Zudem müssen diese Bemühungen auch über Staatsgrenzen hinaus global koordiniert werden, um die Herausforderungen für die globale Ernährung und Nahrungssicherheit im 21. Jahrhundert nachhaltig zu meistern. [Mehr...](#)

100% Erneuerbare: ab 2035 sind sogar Umsatzüberschüsse möglich

The Energy Report: 100% Renewable Energy by 2050, *World Wildlife Fund/Ecofys*, Februar 2011

Wenn heute jeder Erdbewohner pro Jahr so viel Energie verbrauchen würde wie ein durchschnittlicher US-Amerikaner oder Einwohner Singapurs, dann wären die weltweiten Ölvorkommen in neun Jahren erschöpft. Aber selbst wenn wir sparsamer mit den Ressourcen umgehen, sind sie doch begrenzt. Erneuerbare Energien sind der einzige Ausweg. Trotzdem behaupten Kritiker, dass die notwendige Umstellung der Energieinfrastruktur die Weltwirtschaft zu sehr belasten würde. Doch hier irren sie sich: Es gibt durchaus eine Möglichkeit, die nötigen Modifikationen kostengünstig und schnell durchzuführen, damit die Vision, den Energiebedarf bis 2050 fast ausschließlich aus erneuerbaren Quellen zu decken, keine Utopie bleibt.

Der Schlüssel zu einem erfolgreichen Umstellungsszenario basiert auf Energieeinsparungen, die eine Senkung der Energienachfrage bis zum Jahr 2050 um 15% unter den Wert von 2005 ermöglichen. Diese Projektion setzt keinerlei Änderung unserer Lebensweise voraus und wird allein durch effizienteren Verbrauch ermöglicht: Die Industrie muss vermehrt auf Recycling und den Einsatz energieeffizienter Materialien setzen. Im Bauwesen sollten Gebäude so gebaut oder renoviert werden, dass sie nur noch minimalen Heizungs- bzw. Kühlungsbedarf haben. Transportsysteme werden auf Effizienz getrimmt. Vor allem aber muss die Energiegewinnung über eine Elektrifizierung der Quellen laufen, und darf nicht länger auf flüssige Brennstoffe angewiesen sein (z.B. Gas oder Öl für die Heizung). Diese Elektrizität muss ausschließlich aus erneuerbaren, natürlichen Energiequellen gewonnen und über „intelligente Netze“ (*smart grids*) effizient verteilt und gespeichert werden. Atomenergie muss im Mix außen vor bleiben, da Sicherheitsanliegen (besonders die Entsorgung) bis heute nicht geklärt sind. Hauptquellen für die

Elektrizitätsgewinnung werden Wind, Solar, Wasserkraft und Biomasse sein. Für das Heizen von Gebäuden beispielsweise bietet sich eine Kombination aus Wärmepumpen, Solarenergie und geothermaler Energie an. Für Verbrennungsprozesse in der Industrie und beim Transport, die höhere Temperaturen benötigen, ist Bioenergie ebenfalls eine Alternative. Der Nachschub hierfür kann nur zum Teil aus Abfällen bestritten werden, der Rest müsste durch Anbau von geeigneten Pflanzen und Hölzern nachhaltig gewährleistet werden. Dazu bedarf es intensiver internationaler Kooperation und Regulierung für effizientes Ressourcenmanagement. Denn die Anforderungen sind sehr hoch, da hier die Anliegen der Nahrungsmittelsicherheit und des sparsamen Umgangs mit immer knapper werdendem Frischwasser berücksichtigt werden müssen. Auch darf die Biodiversität nicht gefährdet werden und der Treibhausgasausstoß muss möglichst gering gehalten werden.

Natürlich erfordert der Übergang zu erneuerbaren Energien Investitionen, die zuerst einmal Geld kosten werden: 1-2% des globalen BIP werden voraussichtlich in die massive Energieherstellung aus erneuerbaren Quellen, eine entsprechende Erneuerung der öffentlichen Transportsysteme und in größere Energieeinsparungen bei Gebäuden investiert werden müssen. Dennoch können auf diese Art und Weise vier Billionen Euro jährlich an Kosten eingespart werden. Bereits ab 2035 kann der Energiesektor in diesem Szenario Umsatzüberschüsse generieren, die ab 2050 circa 2% zum globalen BIP dazusteuern werden. Angesichts der Tatsache, dass der Energiesektor heute für 80% des globalen CO₂-Ausstoßes verantwortlich ist, wird die internationale Gemeinschaft zudem von enormen Ersparnissen in diesem Bereich profitieren, die ebenfalls einen wirtschaftlichen Wert darstellen. Doch diese positiven Externalitäten können nur realisiert werden, wenn die Umstellung auf erneuerbare Energien bereits heute pro-aktiv in Angriff genommen wird. [Mehr...](#)

Mutige Emissionsziele für Europa: mit 30% auf Wachstumskurs

Carlo C. Jaeger et al., A New Growth Path for Europe: Generating Prosperity and Jobs in the Low-Carbon Economy, *European Climate Forum*, 21.02.2011

Die Finanzkrise hat Europas BIP um 4% sinken lassen. Weder die Öffentlichkeit noch die Entscheidungsträger scheinen mit einer baldigen Erholung zu rechnen. Diese Erwartungshaltung wird es den Europäern schwierig machen, den drei großen Herausforderungen des kommenden Jahrzehnts zu begegnen: Es gilt, das Wirtschaftswachstum zu steigern und gleichzeitig die Arbeitslosigkeit und den Treibhausgasausstoß zu senken. Und dennoch ist genau dies erreichbar, wenn das europäische Klimaziel von gegenwärtig 20% auf 30% heraufgesetzt wird.

Ein höheres Klimaziel kann bis 2020 ein jährliches Wirtschaftswachstum von 0,6% generieren. Für das nächste Jahrzehnt muss verstärkt auf sparsameren Energieverbrauch und mehr Windenergie gesetzt werden. Um Windkraft besser zu nutzen, muss mehr in den Turbinenbau investiert werden. Striktere Klimavorgaben bedeuten vor allem höhere Investitionen bei der Gebäudesanierung. Sie machen zudem die Einhaltung strenger Vorschriften bei Neubauten notwendig, was vermehrte Ausgaben erfordert. Bis 2020 könnten die Investitionen in Europa auf 22% des BIP steigen. Gerade im Baugewerbe lassen sich auch durch „on the job training“ leicht neue Fertigkeiten erlernen und damit neue Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen – europaweit sind bis zu 6 Mio. neue Arbeitsplätze möglich. Insgesamt kann dies zu einem BIP Wachstum von 6% bis 2020 führen –in den alten und neuen EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen. Doch um solche Ergebnisse zu erzielen müssen makro- und mikroökonomisch konkrete Schritte unternommen werden: Zum einen müssen Gelder aus Emissionshandel und Strukturfonds dem Klimaschutz in Osteuropa zu Gute kommen. Finanzmittel aus dem Emissionshandel sollten auch allgemein für Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien verwendet werden. Zweitens sollten Investoren steuerliche Anreize geboten werden, die Gelder in Richtung erneuerbare Energien und Energieeffizienz lenken. Dazu könnten bei anderen Kapitalanlagen die Steuersätze marginal erhöht werden. Zudem sollten Wachstumserwartungen ähnlich gemanagt werden, wie dies Zentralbanken bei Inflationserwartungen bereits tun. Dies bedeutet, dass Ziele von europäischen Stellen klar und öffentlich bekannt gemacht werden. Ähnlich wie die Zentralbanken müssen sie über eine Serie von Maßnahmen dieses Ziel auch glaubwürdig verfolgen und so Anlegern vermitteln, dass das Klimaziel realistisch erreichbar ist. Wichtig ist bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die konsequente Bevorzugung von Anbietern, die niedrige Kohlenanforderungen berücksichtigen. Außerdem müssen Bauvorgaben hohe Energieeffizienz vorschreiben. Im Transportwesen müssen Energieeinsparungen ebenfalls einen höheren Stellenwert erhalten. „Smarte“ Energienetze und „smarte“ Haushaltsgeräte müssen standardisiert werden. Firmen sollten untereinander Netzwerke aufbauen, um sich über Innovationen auf dem Gebiet der Energieeffizienz besser auszutauschen (z.B. bei energieeffizienter Baumaterialien).

Auch wenn sich die internationale Gemeinschaft nicht auf ein Klimaabkommen nach 2012 einigen kann – die positiven Auswirkungen eines mutigeren Klimaziels von 30% würden erhalten bleiben. Bei der Befürwortung eines höheren Klimaziels für die EU geht es darum, bisher

ungenutzte Kapazitäten durch zusätzliche Investitionen, „learning-by-doing“ und veränderte Erwartungshaltungen zu mobilisieren. Denn nur mit einem erhöhten Einsatz können die Erderwärmung eingedämmt, Innovationen angeregt und Arbeitsplätze geschaffen werden. [Mehr...](#)

Globale Trends: Das Zeitalter des Aktivismus steht in voller Blüte

John Feffer, *The Age of Activism*, *Foreign Policy in Focus*, 15.03.2011

In den Protestbewegungen von Tunesien bis nach Madison im US-Bundesstaat Wisconsin findet eine Entwicklung ihren bisherigen Höhepunkt, die seit dem Fall der Berliner Mauer in Gang ist: Das Zeitalter des Aktivismus. Anfangs beschränkte sich die Bewegung auf Europa und war von der Vision eines geeinten, friedlichen und grünen Kontinents geleitet. Heute marschieren ihre Vertreter weltweit durch die Straßen. Für Entscheidungsträger wird es zunehmend wichtiger, ihre Anliegen korrekt zu interpretieren, denn diese fordern das bisherige Denken über das Staatswesen heraus.

Es ist die grundlegende Frage nach der Legitimation des Staates, wie wir ihn heute kennen, die sich für die Aktivisten stellt. Drei Erklärungen für die Protestbewegungen werden heute gerne angeführt: Zum einen hat die Globalisierung zu wirtschaftlicher Not geführt, wie in Ägypten zu sehen war, wo aufgrund steigender Lebensmittelpreise die Menschen zu protestieren begannen. In Griechenland löste das Sparprogramm der Regierung öffentlichen Unmut aus. Zweitens lösten die korrupten Eliten die Protestbewegungen bei den Revolutionen in den ehemaligen Sowjetrepubliken Anfang dieses Jahrtausends aus. Drittens hat das Internet mit neuen technischen Möglichkeiten wie Facebook und Twitter die Organisation der Aufstände erheblich erleichtert. Obwohl jede dieser Erklärungen ihre Berechtigung hat, greifen sie alle zu kurz: Worum es in Wirklichkeit geht ist die Natur des Staatwesens. Nicht zuletzt die Finanzkrise hat deutlich gemacht, dass der moderne Staat von der Globalisierung überrollt wurde. Er hat sich unfähig gezeigt, mit den Herausforderungen der globalisierten Weltwirtschaft, des Klimawandels und der Aspirationen der aufstrebenden Klassen zurechtzukommen. Der Staat kommt seiner Aufgabe, das Allgemeinwohl zu schützen, nicht länger nach: Mangelnde wirtschaftliche Möglichkeiten und eine wachsende Umweltverschmutzung rauben den Menschen die Hoffnung auf ein besseres Morgen. Soziologen nennen dies den Hauptgrund der Legitimitätskrise. Weltweit haben Bürger das Gefühl, dass die Rotation der Eliten durch Regierungsumstellungen an der grundlegenden Unfähigkeit des modernen Staates wenig ändern wird. Dabei scheint es kaum einen Unterschied zu machen, ob diese Rotation der Eliten auf Befehl von oben, wie in autoritären Staaten, oder durch Wahlen in Demokratien stattfindet. Der Aufschrei der Protestbewegung heißt: „Basta“ mit der Interpretation des Staates durch die Eliten, die ihn als ein Vehikel zur persönlichen Bereicherung auf Kosten des Allgemeinwohls nutzen. Diese Unzufriedenheit ist nicht nur bei den Progressiven zu beobachten, sondern auch in konservativen Reihen, wie die Tea Party Bewegung in den USA deutlich macht.

Der Historiker Eric Hobsbawm sieht die Geschichte der Moderne in vier Zeitalter aufgeteilt: Die Ära der Revolutionen (1789-1848), des Kapitals (1848-1875), der Imperien (1875-1914) und die der Extreme (1914-1991). Für die Zeit nach 1992 bietet sich die Ära des Aktivismus als Überschrift an. Dieser Aktivismus hat sich weltweit zum Ziel gesetzt, eine neue Art des Staatwesens ins Leben zu rufen: den aktivistischen Staat. Dieser soll nach dem Prinzip der Subsidiarität nur die Aufgaben erfüllen, die auf lokalem Niveau nicht gelöst werden können. Dabei muss mit größtmöglicher Transparenz vorgegangen werden, um Korruption und Verschwendung Einhalt zu bieten. Diese Grundideen einen die Friedens- und Anti-Globalisierungsbewegungen und die Demonstranten in Kairo und Madison. In der neuen Ära wird der Aufbau dieser neuen Art von Staat zum Knackpunkt für Bürger weltweit werden. [Mehr...](#)

Die *Global Must Reads* werden von der Atlantischen Initiative e.V. herausgegeben.

ATLANTISCHE INITIATIVE



Vorstand: Dr. Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Chris Wilcox/Björn Sacknieß

© Atlantische Initiative e.V. – Wilhelmstraße 67 – 10117 Berlin

Tel: +49 - 30 - 206 337 88 – Fax: +49 - 30 - 246 303 633

Email: info@atlantische-initiative.org